

Weilburger Anzeiger

Kreisblatt für den  Oberlahnkreis

Amtliches Organ für sämtliche Bürgermeisterämter des Oberlahnkreises.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Kleinstes und gelesenstes Blatt im Oberlahnkreis.
Kreisprediger Nr. 58.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Cramer, Weilburg.
Druck und Verlag von E. Cramer,
Großherzoglich Luxemburgischer Hoflieferant.

Bezugspreis: monatlich abgeholt 70 Pfg., durch Boten gebracht
80 Pfg. durch die Post 2,40 M. vierteljährlich ohne Postgebühren
Einsendungsgebühr 15 Pfg. die einpaltige Zeile.

Nr. 24. — 1918.

Weilburg, Dienstag, den 29. Januar.

70. (78.) Jahrgang.

Amtlicher Teil

J. Nr. 648/1. IIF. Frankfurt a. M., 14. Januar 1918.

Bei der Anfuhr von Hafer, Heu und Stroh mittels Fuhrwerks sind folgende Vergütungssätze zu zahlen:
Für die Fahrt vom Lagerort bis zum Magazin — nach Abzug des Weges Lagerort bis Verladestelle (nächste Eisenbahnstation oder Schiffsanlegerplatz) — bei einer Entfernung

bis einschl. 5 km.	= 0,40 M.	für den Zentner.
über 5 " 10 "	= 0,60 "	
10 " 15 "	= 0,80 "	
15 " 20 "	= 0,90 "	
20 "	= 1,00 "	

Die Lieferungsverträge sind seitens der Intendantur in Kenntnis gesetzt.

Diese Verfügung gilt von heute ab.
Königliche Stelle, Intendantur 18. Armeekorps.
gez. Streubel.

An die 4 Provinzialämter, das Ersatzmagazin und das Proviantdepot.

L. 446. Weilburg, den 26. Januar 1918.

Wird veröffentlicht.
Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses.

II. 8985. Weilburg, den 22. Januar 1918.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.
Zu Anbetracht der Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse hat der Landesausschuß den Herrn Landeshauptmann in seiner Sitzung vom 28. v. Mis. im Interesse einer gerade jetzt so wichtigen guten Waisenfürsorge in weitherzigem Entgegenkommen ermächtigt, in „geeigneten Fällen“ das regelmäßige Pflegegeld des Nassauischen Zentralwaisenfonds (siehe § 9 der Instruktion für die Verwaltung des Nassauischen Zentralwaisenfonds Reg. Amtsblatt S. 289) für die in seine Fürsorge aufgenommenen und fernerhin aufzunehmenden Waisen bis zu 50 % und die Zuschüsse zu den Konfirmations- bzw. Kommunionkleidungskosten, sowie zu den Kosten der ersten Kleiderausstattung von Waisen bis zu 100 % zu erhöhen.

Als „geeignete Fälle“ sind insbesondere solche zu betrachten, in denen ein Kind wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen, Verwundungen usw. besondere mit Aufwendungen verbundene Schwierigkeiten in Pflege und Erziehung verursacht. Weiter werden dabei diejenigen Waisenkinder besonders berücksichtigt, die nicht bei nahen Verwandten, namentlich gelegentlich unterhaltspflichtigen (Großeltern) in Pflege sich befinden, die auch nicht bereits in einem Alter stehen, in dem sie in der gegenwärtigen an Arbeitskräften armen Zeit den Pflegeeltern schon eine wesentliche Hilfe darstellen.

Ich ersuche den in Frage kommenden Verpfleger von Waisenkindern hiervon in Kenntnis zu setzen und etwaige Gesuche, welche den vorstehenden Ausführungen entsprechen nach sorgfältiger Prüfung und eingehender Begründung hierher vorzulegen.

Bei der fortwährend sehr erheblichen Finanzschwäche des Zentralwaisenfonds kann nur in wirklich dringend bedürftigen Fällen eine Erhöhung eintreten.
Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses.

XVIII. Armeekorps. Frankfurt a. M., 12. 1. 1918.
Stellv. Generalkommando. Mainz.
Abt. III b Egb.-Nr. 470/128.
Gouvernement der Festung Mainz.
Abt. Mil. Pol. Nr. 49 868/23 967.

Verordnung.

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 in der Fassung des Reichsgesetzes vom 11. Dezember 1915 verordnen wir für den Bereich des XVIII. Armeekorps und des Gouvernements Mainz:

Der Abtrieb von Eichenschälwäldungen bis zu 40 Jahren ist nur zum Zwecke der Gerbstoffgewinnung d. h. in der Saftzeit gestattet.

Ausnahmen können von der Kriegskommission Frankfurt a. M. und der Kriegsamtenstelle Siegen, die sich erforderlichenfalls mit den zuständigen Forstbehörden ins Benehmen setzen, bewilligt werden.

Zu widerhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Der stellv. Kommandierende General:
Nebel, Generalleutnant.
Der Gouverneur der Festung Mainz:
Baush, Generalleutnant.

Nichtamtlicher Teil

Der Weltkrieg

Großes Hauptquartier, 28. Januar mittags

(W. I. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Nördlich von Beaulaere wurden bei einem Erkundungsvorstoß 17 Engländer, darunter 1 Offizier gefangen. Die Artillerietätigkeit war fast an der ganzen Front gering, lebhafter an einzelnen Stellen in der Champagne und im Maasgebiet.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden dauern seit gestern nachmittag die Artilleriekämpfe an. Sie sind bei Tagesanbruch im Gebiet des Col del Diso zu größter Heftigkeit entseffelt.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts neues.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Stimmungsumschwung in England und im englischen Heer.

In der bis dahin siegesgewissen Stimmung der englischen Truppen und des englischen Volkes trat im Verlauf der Flandernschlacht ein schwerer Rückschlag ein. Wenn auch der Anfangserfolg von Cambrai nochmals eine kurze Steigerung der Siegeshoffnung, die schon durch die Erfolge im Ostent wieder auf's Jauchert war, brachte, so wurde der Rückschlag nunmehr durch die folgenden Ereignisse um so größer. Die britische Niederlage bei Cambrai, das Ausschlagen Russlands als Kriegsfaktor, und die Niederlage Italiens brachten einen Niedergang der Stimmung, wie er bisher bei englischen Truppen noch nicht zu bemerken gewesen ist. Kriegsmüdigkeit und Mangel an Zuversicht greifen seitdem um sich.

Man glaubt, wie namentlich auch die zahlreichen Gefangenen-Aussagen bekunden, nicht mehr an eine Befreiung Deutschlands mit den Waffen. Man glaubt andererseits aber immer noch nicht an einen deutschen Sieg und sieht sich in dieser Ansicht auf die fragwürdige Hoffnung des Eingreifens Amerikas. Man hofft, Deutschland werde dieses Eingreifen nicht abwarten und den Frieden anbieten. Dabei gilt es als selbstverständlich, daß dieser einen englischen Sieg bedeutet.

Die Erwartungen des englischen Volkes, die entschieden auf eine siegreiche Entscheidung im Jahre 1917 aufgebaut waren, sind ebenfalls durch die Geschehnisse an der Westfront und die Entwicklung der Gesamtlage nicht erfüllt worden. Hierdurch hat die Kriegsmüdigkeit der großen Menge zugenommen. Drüden legt sich auf die Stimmung der U-Bootkrieg mit seiner tagtäglich fühlbarer werdenden Wirkung; hinzu kommen innere Schwierigkeiten, das Gespenst in Irland, sowie eine allgemeine Unzufriedenheit der Arbeiterschaft.

Der wahre Grund für die nunmehr zulagernde Kriegsmüdigkeit ist also der, daß die englische Bevölkerung immer empfindlicher den Krieg am eigenen Leibe spürt. Stöcken des wirtschaftlichen Lebens, allgemeine Teuerung, Mangel an Lebensmitteln, dazu die dauernde Furcht vor unseren U-Bootangriffen und außerdem die erschreckenden Verluste des Heeres haben in den niederen Schichten des Volkes das Sehnen nach Frieden verstärkt. Die Regierung hat bisher aber noch erfolgreich diese Friedensströmungen unterdrückt. Festes Auftreten dieser Regierung, stärkste Beeinflussung durch die Presse halten der Öffentlichkeit täglich den Glauben an Sieg und an die Erfüllungen der englischen Ansprüche vor Augen. Geschickt wird immer wieder durch Hinweise auf unsere angebliche wirtschaftliche Not und innere Uneinigkeit Propaganda zum Durchhalten gemacht. An uns ist es, durch noch härtere Entschlossenheit und durch innere Geschlossenheit auch diese letzte Hoffnung Englands zu zerschanden zu machen.

Der Geldwert der Versenkungen

Im ersten Jahre des ungehemmten U-Bootkrieges betrug nach genauen sachmännischen Berechnungen rund 31,5 Milliarden Mark. Davon entfallen 9,55 Milliarden auf Schiffsraum und 21 Milliarden auf die versenkten Ladungen und etwa eine Milliarde auf die Fracht, die auf den Gütern ruhte. Es entscheidet aber in diesem Kriege nicht der Geldwert allein. Wenn würde England 31,5 Milliarden Mark zahlen, wenn es dafür die versenkten Schiffe und Rohstoffe wiederbekäme. Daß ihm diese Möglichkeit unwillkürlich entzogen ist, das ist der unersehliche und entscheidende Verlust, den unsere Feinde erleiden. Aber daß sie obendrein noch um 31,5 Milliarden Mark geschädigt werden, ist eine für unsere sonstigen Erfolge nicht zu verachtende Zugabe.

Unsere Sonderabordnung in Petersburg.

Aber die Außenverhältnisse der deutschen und österreichischen Sonderabordnung in Petersburg erhält die „Sag. Absh.“ aus unmittelbaren Quellen Schilderungen

sehr ernster Färbung. Das Betreten der Straßen auch am Tage und im Stadlinnern erscheint gefährlicher als der Aufenthalt im Schützengraben. Straßenzüge, öffentliche Plätze, selbst Hausdächer sind von Maschinengewehren besetzt. Von allen Ecken und Enden, widerhallen Tag und Nacht die Feuerwaffen der in wildloberndem Haß einander gegenüberstehenden bewaffneten der Rotgardisten und der aufständischen sozialrevolutionären Soldateska. Die Beleuchtung in Straßen und Häusern verläßt so gut wie vollständig. Die Delegierten — wie jedermann — sind nach dem schon am frühen Nachmittage eintretenden Nachtdunkel auf dürftiges Kerzenlicht angewiesen. Gesellschaftlicher Verkehr außerhalb des Hauses ist aber auch schon wegen der herrschenden Unsicherheit vollständig ausgeschlossen. Abgesehen von der strengen Überwachung jeder ihrer Schritte und Bewegungen durch die den Delegierten „zum Schutze“ beizugehenden Rotgardisten.

Der Hauptausschuß des Reichstags

hat sich nach dreitägiger Besprechung der Kanzlerrede auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Ausführungen der Parteiführer waren umfangreich, große Überraschungen vermochten sie um so weniger zu bieten, als die Stellungnahme der verschiedenen Parteien zu den Kriegszielefragen im allgemeinen und zu den Brest-Litovsker Verhandlungen im besonderen längst bekannt und vielfach kundgegeben worden ist. Im allgemeinen konnte man aus den Verhandlungen den Eindruck gewinnen, daß das Vertrauen zu den maßgebenden politischen und militärischen Stellen fest besteht und daß nirgendwo Neigung herrscht, durch Querentwürfen die Schwierigkeiten zu erhöhen, die von unseren Unterhändlern zu überwinden sind. Daß an Einzelheiten Kritik geübt wird, ist nicht zu umgehen und dem Ganzen heilsam.

Das zweite Rühlmann-Meße. In der Schlußsitzung des Hauptausschusses ergriff der Staatssekretär des Auswärtigen v. Rühlmann, der heute schon wieder in Brest-Litovsk weilte, noch einmal das Wort. Er erklärte, auf die Einzelheiten der Verhandlung zurückgreifend, dem Wunsche, daß die Minister häufiger öffentlich sprechen und den Gegnern antworten sollten, sehr er sympathisch gegenüber. Aber man müsse bedenken, daß unsere Minister durch ihre Reports ganz anders überlastet seien, als zum Beispiel in England. Graf Westarp habe ausgesprochen kritisch geredet und sein Hauptvorwurf sei gewesen, daß die deutsche Delegation sich nicht auf den Boden der Annexionen gestellt habe. Ein solcher Boden sei für uns unmöglich gewesen. Die Friedensbedingungen mit dem Osten seien selbstverständlich mit der Obersten Heeresleitung erörtert worden und im allgemeinen hätten die Differenzen bestanden.

Der Staatssekretär ging dann auf die Differenzen innerhalb der Ukraine und ihre Rückwirkung auf die Friedensverhandlungen ein und berührte die Frage der Teilnahme einer polnischen Delegation an den Verhandlungen in Brest-Litovsk. Die Beschlüsse über die Nichtzulassung seien zu richten an die russische Delegation. Bei uns lägen keine Hindernisse. Die litauische Vertretung sei rechtlich und ehrlich zusammengesetzt. Wir wollen weitergehen und haben nicht die Absicht, bis zum Abschluß des Krieges mit der Verbreiterung der Volksvertretungen zu warten. Der Ausdruck „austropolnische Lösung“ erschien nicht glücklich. Die bisherigen Verhandlungen über Polen seien noch nicht zu einem mitteilungsreifen Ergebnis gediehen. Der Staatssekretär schloß mit den Worten, er gehe den Verhandlungen in Brest-Litovsk mit vermehrter Nähe und Sicherheit nach dieser Aussprache im Hauptausschuß entgegen.

Vizekanzler v. Bayer. Im Reichstage verlaute daß der Vizekanzler des Reiches Herr von Bayer befreundete Abgeordnete benachrichtigt habe, daß er am Mittwoch nach Berlin zu kommen gedenke, um seine Amtsgeschäfte zu übernehmen.

Gegen Streikgeflüster.

Der Zentralrat der Deutschen Gewerkschaften hat eine Erklärung angenommen, in der es heißt: „Durch Mittelungen aus den Kreisen der Mitglieder und durch zum Teil anonyme Flugblätter ist dem Zentralrat zur Kenntnis gelangt, daß von unverantwortlicher Seite versucht wird, die Arbeiter allgemein zur Arbeitsniederlegung zu veranlassen. Wie aus den vorliegenden Flugblättern mit aller Deutlichkeit hervorgeht, handelt es sich dabei um eine Demonstration zur Erreichung politischer Ziele. Dabei wird die durch die Lebensmittelknappheit hervorgerufene Erregung benützt, um die Arbeiter zur Teilnahme am Streik zu bewegen. Eine allgemeine Streikbewegung würde aber nach Ansicht des Zentralrates nur eine Vermehrung der Schwierigkeiten zur Folge haben. Der Zentralrat verurteilt deshalb jene das Volkswohl schädigenden Bestrebungen auf das schärfste, warnt die Arbeiter und Arbeiterinnen eindringlich, sich an ihnen zu beteiligen und erwartet von ihnen, daß sie alle Aufforderungen, die Arbeit niederzulegen, entschieden ablehnen, sowohl im vaterländischen wie im wohlverstandenen eigenen Interesse.“

Aus Weilburg und Umgegend

Weilburg, den 29. Januar 1918.

× Eine ernste Gefahr in der Fleischversorgung. In einer kürzlich veröffentlichten Notiz war darauf hingewiesen, daß die Maßnahmen des Kriegsernährungsamtes auf dem Gebiete der Abschachtung der Schweine nach Lage der Verhältnisse als eine nicht zu umgehende Sicherstellung anderer landwirtschaftlicher Erzeugnisse ausgeführt werden müßte. Nachdem die Landwirtschaft sich aber nunmehr einer neuen Buchtperiode nähert, ist ernstlich die Frage zu erwägen, ob auf dem Gebiete der Enteignung der Schweine nicht andere Wege beschritten werden müssen. Daß die Ferkelpreise seit dem 15. Januar herabgesetzt sind, wird zweifellos dazu führen, daß wieder mehr Ferkel eingestellt werden. Wenn aber gleichzeitig, wie dies droht, die 2 bis 4 Monate alten Schweine weiter enteignet werden, so müßte dagegen im Hinblick auf die Fleischversorgung der kommenden Zeit Widerspruch erhoben werden; denn diese Tiere werden allein in der Lage sein, im Herbst und zu Beginn des kommenden Winters einige Schlachtschweine zu liefern, während sie jetzt mit ihrem geringen Gewicht für die Volksernährung nicht in Frage kommen. Mindestens müßte ganz allgemein angeordnet werden, daß diejenigen jungen Schweine, die nachweislich als Hauschlachtungsschweine eingestellt werden sollen, jetzt schon freigegeben werden. Es wird unmöglich sein, die spätere Versorgung mit Schweinefleisch nur auf die jetzt geworfenen Ferkel zu beschränken. Die Frage ist sehr ernst und bedarf einer schnellen Lösung in dem vorerwähnten Sinne. Im übrigen ist es zu begrüßen, daß zur leichteren Durchführung der nur noch bis zum 31. Januar zulässigen Hauschlachtungen die garnisondienstfähigen gewerbmäßigen Hauschlächter durch die stellten Generalkommandos auf Antrag der Gemeinden beurlaubt werden.

+ Der Warenumschlag muß nach gesetzlicher Vorschrift bis zum 30. ds. Mts. angemeldet und entrichtet sein. Wer also noch im Rückstande ist, bewirkt das Erforderliche bald und warte nicht bis zum letzten Tage. Verspätete Anmeldung hat eine Geldstrafe, welche dem 20fachen Betrage der Abgabe gleichkommt, zur Folge. Der Steuerpflicht unterliegen alle Gewerbetreibenden, Landwirte, Gärtner usw., die in ihrem Betriebe im Jahre 1917 einen Umsatz von mehr als 3000 Mark hatten.

• Absatz von Sauerkraut. Die Kriegsgesellschaft für Sauerkraut hat mit Genehmigung des Bevollmächtigten des Reichskanzlers im „Reichsanzeiger“ Nr. 12 vom 15. Januar 1918 die höchstzulässigen Absatzpreise für Sauerkraut der Gente 1917 bekanntgegeben. Die Preise betragen für den Absatz durch den Hersteller 16 Mk., für den Absatz durch die behördlichen Verteilungsstellen an den Kleinhandel 19,50 Mk. je Zentner und für den Absatz durch den Kleinhandel an den Verbraucher 0,25 Mk. je Pfund. Die behördlichen Verteilungen von Sauerkraut werden demnächst beginnen.

• Besteuerung. Es wird in Erinnerung gebracht, daß die Besteuerung der Pacht- und Mietverzeichnisse sowie der Automaten und Musikwerke bis zum 31. Januar ds. Js. bewirkt sein muß.

• Landwehrschach, 28. Jan. Das „Eiserne Kreuz 2. Klasse“ wurde verliehen den Gebrüdern Heinrich und Christian Lenz von hier.

Aus Runkel und Umgegend

Runkel, den 29. Januar 1918.

× Ganz dem Wunsche Sr. Majestät entsprechend hat man den Geburtstag unseres lieben Kaisers und Königs gefeiert. Die Schulen feierten durch Gebet und Gesang, die „Krieger- und Militär-Vereine“ besuchten den Fest-Gottesdienst. So ist in aller Stille, dem Ernst der Zeit gemäß der Geburtstag des Obersten Kriegsherrn gefeiert worden.

• Festnahme eines Hamsteres. Gestern ist es Herrn Wachmeister Varenlänger gelungen einer Dame aus Wiesbaden 6 Pfd. Butter und 30 Eier, die sie in benachbarten Oeisen gehamstert, abzunehmen, was sehr erfreulich ist. Aber noch erfreulicher ist es, daß auch endlich die Diebstahlsverhältnisse festgestellt sein sollen und diese werden wohl ihrer gerechten Strafe nicht entgehen. Öffentlich gelingt es den eifrigen Bemühungen des betr. Beamten noch weitere dergleichen Schleichhändlerereien aufzudecken. Es ist Pflicht eines jeden daran mitzuhelfen. Sollen doch in der Nachbarschaft 10 Mk. für 1 Pfd. Butter, 2 Mk. für 1 Pfd. Mehl bezahlt worden sein. Auch hier selbst ist man auf einige Personen aufmerksam gemacht worden, die die Butter zu hohen Preisen verkaufen, anstatt der Allgemeinheit zuzuführen. Vielleicht wird sich auch dieses recht bald zur allgemeinen Zufriedenheit aufklären. Die verdiente Strafe wird dann nicht ausbleiben.

• Wilmur, 28. Jan. Dem Oberjäger Hornist Wilh. Speier von hier wurde das „Eiserne Kreuz 2. Klasse“ verliehen.

Vermischte Nachrichten

Wetzlar, 27. Jan. In Colberg verschied nach langem schwerem Leiden im 56. Lebensjahre unserer früherer Bürgermeister Otto v. Zengen, Hauptmann d. L. a. D., Ritter mehrerer Orden.

Hungen, 27. Jan. Bei einem Einbruch in die Molkerei erbeuteten Diebe 300 Pfd. Käse und 80 Pfd. Butter.

Bad Nauheim, 27. Jan. Ein hiesiger 12jähriger Schüler warf sich Donnerstag abend in selbstmörderischer Absicht vor den Gieshen-Frankfurter Zug, wobei ihm der rechte Arm abgerissen und lebensgefährliche Verletzungen am Kopf zugefügt wurden. Der Junge führte Aufzeichnungen bei sich, die die ausführlichen Gründe zu seinem bedauernden Schritt enthielten.

Adln, 26. Jan. Ein Tank ist nunmehr auch Adln zur Verfügung gestellt worden. Er wird Aufstellung am Adlner Bauers finden. Ferner ist dem Oberbürgermeister von der Metallmobilisierungsstelle in Berlin ein Stück der Kaiserorgel zur Verfügung gestellt worden. Aus dem Stück werden Kriegsandenken hergestellt.

Stockholm, 27. Jan. (M. Z. B.) Wie „Nitonbladet“ erfährt, wurde der schwedische Dampfer „Jönköpings“ (1800 Bruttoregistertonnen) auf der Fahrt von Bergen nach Hull von einem deutschen U-Boot versenkt.

Berlin, 27. Jan. (M. Z. B. Amlich.) Neue U-Boote-erfolge im Sperrgebiet um England: 20.000 Bruttoregistertonnen. Ein großer Teil der Schiffe, die meist bewaffnet waren, wurde unter erheblicher feindlicher Gegenwirkung vor dem St. Georgskanal vernichtet.

Letzte Nachrichten

Die Anarchie in Petersburg.

Bern, 29. Jan. Der „Corriere della Sera“ berichtet aus Petersburg: In der Stadt herrscht volle Anarchie. Gewehrsfeuer und Plünderungen sind an der Tagesordnung. Man hat den Eindruck, die Leninische Regierung werde gezwungen sein, die deutschen Friedensbedingungen anzunehmen und Schuld und Verantwortung den Verbänden zuzuschreiben. Vorschläge, wie den heiligen Krieg an Deutschland zu erklären, müssen scheitern, da die Massen Rußlands heute zu jeder Tat, die nicht Plünderung bedeute, unfähig seien. Man glaube, der Friede werde bald geschlossen werden. Der ukrainische Friede wird die marxistische Regierung zwingen, auf die deutschen Friedensbedingungen einzugehen und wird auch auf die rumänische Lage Einfluß gewinnen.

U-Boote vor Brasilien?

Bern, 26. Jan. Die französische Presse meldet, daß amerikanischen Zeitungen zufolge an der amerikanischen und südamerikanischen Küste, besonders in der Nähe von Brasilien, deutsche U-Boote gesehen worden seien.

Der Feinde Meinung.

Die „Berliner Morgenpost“ meldet: „Echo de Paris“ zufolge findet zwischen den Ententemächten lebhafter Meinungsaustausch über die Antwort auf die Kundgebungen von Czernin und Hertling statt. Wilson werde auf die Auslassungen der beiden Minister Punkt für Punkt eingehen. Später werde auch Clemenceau antworten.



Nach Ueberführung seiner Leiche in die Heimat findet die Beerdigung unseres im Felde gefallenen Sohnes und Bruders

Heinrich Amend

Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Kl.,

am Mittwoch, den 30. Jan. 1918, nachmittags 3.30 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Familie G. W. Amend.

Runkel, den 29. Januar 1918.

Todes-Anzeige.

Gestern abend entschlief nach kurzem Leiden unser lieber Vater, Schwiegervater und Grossvater

Herr Christian Hardt

Bürgermeister a. D.

im Alter von 79 Jahren, was wir Freunden und Bekannten hierdurch mitteilen.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Einhans, Möttau und Freienfels, den 28. Januar 1918.

Die Beerdigung findet statt **Mittwoch, den 30. Januar**, nachmittags 3 Uhr.

Bekanntmachungen der Stadt Runkel.

Die am 25. Januar d. Js. im Dist. „Widenstück“ abgehaltene Holzverleigerung wird genehmigt. Runkel, den 27. Januar 1918.

Der Magistrat.

Nächsten Mittwoch ist **Butterabgabe** bei Witwe Lorenz, Einheit 40 Gramm, Schwerarbeiter 65 Gramm. Abgeholt Geld ist mitzubringen. Geld ist in sämtlichen Lebensmittelgeschäften auf die Lebensmittelkarte zu haben, ebenso **Schmierseife**. **Zwiebels** werden von Kaufmann Soerlach ausgegeben.

Runkel, den 27. Januar 1918.

Der Magistrat.

Mittwoch, den 30. Januar, vorm. 11 Uhr, Sitzung des **Wirtschaftsausschusses** im Stadthaus.

Um pünktliches Erscheinen wird dringend ersucht. Runkel, den 27. Januar 1918.

Der Vorsitzende: **Rehmann**.

R. A. 95/2
In dem Handelsregister Abteilung A ist unter Nummer 95 folgendes eingetragen worden:
Firma: **Gewerkschaft Donigborn zu Weilburg**.
Inhaber: **Repräsentant: Bergwerksbesitzer August Rosenkranz zu Weilburg**.

Rechtsverhältnisse: Gegenstand des Unternehmens ist:
a) die Ausbeutung der Braunkohlen- und Wollkererzegehe Donigborn bei Waldhausen, die Mutung und der Erwerb anderer Bergwerke und Auzen sowie die Benutzung und Verwertung der Bergwerkserzeugnisse,
b) Marmelade- und Dörrengefäbrrikation sowie Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln als auch chemisch-technischer Artikel in der früher August Rosenkranz'schen Bierbrauerei zu Weilburg.
Weilburg, den 23. Januar 1918.

Königliches Amtsgericht 1.

Bekanntmachung.

Vom 1. Februar ab fallen die Aussenhalte der Schnellzüge 126 (Gießen ab 5.36 vorm.) und 124 (Gießen an 8.20) nachm. in **Weilburg fort**.

Frankfurt (Main), den 25. Januar 1918.

Kgl. Eisenbahndirektion Frankfurt M.

Suche kleine und große

Land- wie Bauernhäuser

mit Garten und Acker, Obst- und landw. Güter jeder Größe, **Mühlenanwesen** für vorgemeinte Reststanten.

Julius Tilly, Stockheim, Oberhessen, Fernsprecher Nr. 22.

Volksschule Weilburg.

Wiederbeginn des Unterrichts **Donnerstag, den 31. d. Mts.**, morgens 8 Uhr.

Störber, Hauptlehrer.

Turn-Verein Runkel E. V.

Freitag, den 1. Februar, abends 9 Uhr **Turnerverammlung**

im Vereinslokal „Wiescher Hof“.

Der Vorstand.

J. B.: **Broghammer**, Vorsitzender.

Bekanntmachungen der Stadt Weilburg.

Kohlenarten-Ausgabe.

Mittwoch, den 30. Januar kommen bei der Kohlenverteilungsstelle (Kaufmann Weidner) Karten von Nr. 450 bis Schluß und **Freitag, den 1. Februar** von Nr. 1-449 zum Bezug von **Austkohlen**, **Eierbriketts**, **Koks** und eines kleinen Teils **Anthrazit** zur Ausgabe. Nach uns gewordener Mitteilung wird künftig eine bessere Versorgung mit Kohlen stattfinden.

Weilburg, den 29. Januar 1918.

Der Magistrat.

Tagesordnung

zu der am **31. Januar 1918**, nachmittags 4 1/2 Uhr im Rathhause saale dahier stattfindenden

Stadtverordneten-Versammlung.

1. Prüfung der Gültigkeit der Stadtverordneten-Wahlen von November 1917.
2. Einführung und Verpflichtung der neu eintretenden Stadtverordneten.
3. Wahlen zu den verschiedenen ständigen Ausschüssen.
4. Vorlage der Stadtrechnung für 1916.
5. Erhöhung der Entschädigung für die Prüfung der Stadtrechnung.
6. Beitritt der Stadt als Gesellschafter zu der in der Bildung begriffenen Nassauischen Siedelungsgesellschaft G. m. b. H. zu Wiesbaden.
7. Ausschließung von Baugelände.
8. Festsetzung des Voranschlags der Landwirtschaftsschule für 1918.
9. Bericht der Lebensmittelkaufstelle.
10. Mitteilungen des Magistrats.

Eine **kleine Wiese** zu pachten gesucht. Näheres i. d. Geschäftsst.

Zünftiges Dienstmädchen sucht **Frau Lito Drehs**.

Die Nr. 152 des „Weilburger Anzeiger“ wird von uns zurückgekauft. **Die Geschäftsstelle.**

Dienst- oder Monatsmädchen sofort oder später gesucht. Wo sagt die Geschäftsst.

Arbeitsbäher vorrätig bei **H. Gramer**.